

Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738 Telefax (0611) 31-3902
e-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
SachbearbeiterIn: Frau Koba
e-mail: astrid.koba@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 6/22/2007 1:59:00 PM

EINLADUNG

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 28.06.2007, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift

2. Mitteilungen

3. Fragestunde

4. **07-V-33-0004**

DL 23/07-7 + ANLAGE

Integrationsvereinbarung mit Religionsgemeinschaften

5. 07-F-22-0003

Aktion "Fett weg-Jahr"

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP vom 19.06.2007 -

Vorbemerkung:

Fast die Hälfte aller Deutschen ist übergewichtig. Die Ursachen sind nicht selten mangelnde Bewegung, falsche bzw. zu kalorienreiche Kost und übermäßige Essensgewohnheiten. Werden diese ungesunden Lebensgewohnheiten nicht frühzeitig bekämpft, so erhöhen sich die gesundheitlichen Risiken in der Bevölkerung von z.B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, Bluthochdruck, Schlaganfall oder Gelenkschäden.

Ernährungsverhalten und das Ausmaß an Bewegung sind häufig Gewohnheitssache. Vielfach bedarf es eines äußeren Anstoßes, eines selbst gesteckten Ziels oder der Dynamik einer Gruppe, um den so genannten „inneren Schweinehund“ zu überwinden und den eigenen Lebensstil nachhaltig gesünder zu gestalten.

Das Projekt „Fett weg – Jahr“ soll Anreiz und Motivation für alle Wiesbadenerinnen und Wiesbadener mit Übergewicht – ob jung oder alt – sein, innerhalb eines Jahres das ein oder andere Kilo zu verlieren. Auch sollen die betreffenden Bürger durch das „etwas andere“ Projekt ihrer Stadt für mehr Bewegung und Sport sowie gesündere Ernährungsweise begeistert werden. Langfristig hilft dieses Projekt die allgemeine Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. Für die o. a. Aktion alle Vorbereitungen zu treffen, beispielsweise durch Bildung einer Arbeitsgruppe, um mit Beginn des Jahres 2008 in Wiesbaden ein Jahr unter dem Motto, „Und Du kriegst auch noch Dein Fett weg“, auszurufen.
2. Dafür Sorge zu tragen, dass alle interessierten Wiesbadenerinnen und Wiesbadener, als Einzelpersonen oder in Gruppen (z.B. Magistrat, Belegschaften von Firmen, Schulklassen, Familien, Freundeskreis) teilnehmen können. Anfang 2008 sollten alle Teilnehmer ihr aktuelles Anfangsgewicht per E-Mail oder Telefon melden können. Nach sechs Monaten als Zwischenkontrolle und am Ende des Jahres der Aktion „Und Du kriegst auch noch Dein Fett weg“, sollte das erreichte Gewicht erneut gemeldet werden, entweder per Telefon oder per E-Mail. Auch könnte an einem so genannten „Tag der Wahrheit“, im Rathaus auf einer Waage das neue Gewicht kontrolliert werden.
3. Krankenkassen und Ärzte aus fachlich-medizinischen Gründen frühzeitig in die Planungen einzubeziehen, um optimale Wege zu gesunder Ernährung und mehr Bewegung aufzeigen zu können. Die Aktion soll die Wiesbadener Bevölkerung motivieren, regelmäßig gesünder zu essen und sich mehr zu bewegen. Eine medizinische Betreuung, wie sie etwa bei umfangreicher Gewichtsreduzierung sicherzustellen ist, ist im Rahmen dieses Projektes selbstverständlich nicht leistbar.
4. Die Aktion „Und Du kriegst auch noch Dein Fett weg“ öffentlichkeitswirksam in den Medien und auf den Internetseiten der Stadt, in Sportvereinen sowie bei Ärzten und Krankenkassen bekannt zu machen. Die Veranstaltungsreihe „Verständliche Medizin – Gesundheitsthema des Monats“ sollte das Jahr inhaltlich begleiten.
5. Die Wiesbadener Sportvereine und ortsansässigen Krankenkassen zu ermuntern, die Aktion durch spezielle Sport- oder Kursangebote zu unterstützen sowie Krankenkassen

Seite 3 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 28.06.2007

und Partner aus der Wirtschaft für ein Sponsoring zu gewinnen.

6. Als Anreiz allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die am Ende des Aktionsjahres ihr Übergewicht reduzieren konnten eine Belohnung auszuhändigen. Diese Belohnung sollte so beschaffen sein, dass die Teilnehmer weiterhin zur gesunden Ernährung und zu mehr Bewegung im Alltag motiviert werden. Die unter Punkt 5. genannten Kassen und Vereine und z.B. auch Sportgeschäfte, Schwimmbäder, Fitnessclubs sollten für eine solche Unterstützung geworben werden (Schnupperkurse, Probemitgliedschaften, Freikarten, Handgeräte, Sportbekleidung, Geschenkgutscheine, Lesematerial etc.).

6. 07-F-01-0075

Nachmittagsbetreuung an Grundschulen

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 19.06.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das aktuelle Schulhalbjahr steht kurz vor dem Abschluss, das nächste Halbjahr beginnt am 20. August 2007. Bei der 2. Anhörung zur Kinderbetreuung in Wiesbaden am 8. Mai 2007 äußerten mehrere Fördervereine den dringenden Wunsch, dass an ihren Schulen endlich die bereits zugesagte Betreuende Grundschule (BGS) eingerichtet wird, bzw. dass die Fördervereine endlich eine bessere Unterstützung erhalten.

Während die Unterstützung der Fördervereine auf einem guten Weg ist (SV 07-V-51-0030), lässt der Ausbau der BGS auf sich warten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

- Der Ausbau der Betreuenden Grundschule in Wiesbaden wird, wie in der Sitzungsvorlage 05-V-51-0037 (siehe vor allem Anlage 2) beschrieben, forciert.
- Der Magistrat wird aufgefordert, für die Schulen mit den bereits festgestellten Bedarfslagen (Riederbergschule, Brüder-Grimm-Schule, Freiher-vom-Stein-Schule) die entsprechenden Maßnahmen zur Umsetzung einzuleiten und der Stadtverordnetenversammlung in einzelnen Vorlagen zur Beschlussfassung vorzulegen. Die Einführung der Betreuenden Grundschule an den drei genannten Schulen soll spätestens zum zweiten Halbjahr des Schuljahres 2007/2008 erfolgen.

7. 07-F-25-0077

Jugendparlament für Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 19.05.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

In zahlreichen Städten und Gemeinden werden Kinder und Jugendliche bei der Entscheidung

Seite 4 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 28.06.2007

über sie betreffende kommunale Vorhaben beteiligt. Neben der Möglichkeit zur Mit-sprache werden die Jugendlichen frühzeitig in die Arbeit der kommunalen Gremien eingebunden, lernen vor Ort das Funktionieren des Prozesses der Demokratie kennen und werden zu eigenem Engagement für das Gemeinwesen angeregt.

Die Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene erfolgt in den verschiedensten Formen. Mit der Einrichtung der Stadtteil-Jugendbeauftragten, der regelmäßigen Veranstaltung „Jugend im Rathaus“ sowie dem Tag der Jugend hat Wiesbaden gute Erfahrungen gemacht.

Zur Weiterentwicklung dieser bewährten Partizipationsformen soll im kommenden Jahr ein Jugendparlament eingerichtet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen:

- A. Der Magistrat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den im „Ring politischer Jugend“ zusammengeschlossenen Organisationen, dem Stadtschülerrat sowie dem Stadtjugendring ein Konzept für das Wiesbadener Jugendparlament nach folgenden Vorgaben zu entwickeln:
 - Wahlberechtigt sind alle jungen Wiesbadener Bürger zwischen 14 und 21 Jahren.
 - Die Wahlzeit des Jugendparlaments beträgt 2 Jahre.
 - Die Mitgliederzahl wird auf 31 festgelegt.
 - Das Jugendparlament hat das Recht, selbständig einen Vorstand und weitere Ausschüsse bzw. Arbeitskreise zu bilden. Es soll sich selbst eine Geschäftsordnung geben und seine Arbeitsweise somit selbst bestimmen.
 - Das Jugendparlament hat ein Vorschlagsrecht an die städtischen Körperschaften in allen Angelegenheiten, die die Jugendlichen betreffen.
 - Jeweils ein Mitglied kann vom Jugendparlament als regelmäßiger Vertreter/ -in zu allen Ausschusssitzungen entsandt werden. Ihm / Ihr wird dort Redemöglichkeit gegeben, soweit eine besondere Betroffenheit Jugendlicher besteht.
 - Bei den Wahlen zum Jugendparlament sind die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit den Schulen zu nutzen (Einrichtung der Wahllokale; Schüler als Wahlvorstände). Zur Wahl des Jugendparlaments wird durch Amtliche Bekanntmachung sowie Öffentlichkeitsarbeit, vor allem an den Schulen und per Internet, aufgerufen.
- B. Das Jugendparlament gibt dem Stadtparlament einmal jährlich einen ausführlichen Tätigkeitsbericht.
- C. Im Zuge der Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2008/2009 ist dem Jugendparlament ein angemessenes finanzielles Budget zur Verfügung zu stellen.
- D. Die bewährten Formen der Jugendbeteiligung in Wiesbaden - Stadtteiljugendbeauftragte, die Veranstaltungsreihe „Jugend im Rathaus“ sowie der jährliche „Tag der Jugend“ - werden fortgeführt.

8. 07-F-24-0006

Zukünftige Ausrichtung des ÖPNV in Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 20.06.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass

Seite 5 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 28.06.2007

- der ÖPNV in Wiesbaden auf der Grundlage von Liniengenehmigungen nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) betrieben wird, die der ESWE erteilt sind und am 30. September 2009 auslaufen. Nach dem PBefG benötigt derjenige, der Linienverkehre mit Bussen betreiben möchte, eine Liniengenehmigung.
- das Europäische Parlament am 10. Mai 2007 die Verordnung in der Fassung des „Gemeinsamen Standpunktes„ vom 11. Dezember 2006 mit wenigen Änderungen akzeptiert hat. Es wird erwartet, dass der Rat und die Kommission dem Votum des Europäischen Parlamentes folgen, so dass die Verordnung in wenigen Monaten im EU-Amtsblatt veröffentlicht werden wird.
- über einen Wiedererteilungsantrag für die Linienverkehrsgenehmigungen zum 01. Oktober 2009 einige Monate vorher entschieden werden muss, die EU-Verordnung jedoch erst „Herbst 2009„ d.h. 2 Jahre nach Veröffentlichung in den Amtsblättern und der Umsetzung in nationales Recht in Kraft treten wird, so dass die Genehmigung nach „altem Recht„ zu erteilen ist.
- demzufolge Linienverkehre nach altem und nach neuem EU-Recht als eigenwirtschaftliche Verkehre genehmigt werden können.
- nach der geltenden Rechtsprechung und nach einer Erteilung der Genehmigung zur Durchführung des ÖPNV in Wiesbaden ein Ausschreibungsverfahren möglich, aber nicht zwingend erforderlich ist.
- die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) weiterhin in Verantwortung der kommunalen Hand bleiben soll. Der bisherige Weg, eine Ausschreibung der Verkehre vorzubereiten der nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts jetzt nicht mehr notwendig ist, wird damit verlassen.

Deshalb wird der Magistrat gebeten,

- einen neuen Nahverkehrsplan vorzulegen der die bisherigen Grundlagen aufnimmt und eine Optimierung des ÖPNV Angebotes in Wiesbaden zum Ziel hat.
- eine Steuerungsgruppe innerhalb der Wiesbadener Verkehrs- und Versorgungsholding einzurichten. Die Steuerungsgruppe soll die Maßnahmen einleiten und vorbereiten, die es ESWE Verkehr oder WiBus ermöglichen im Genehmigungsverfahren die Konzession zur Durchführung eigenwirtschaftlicher Verkehre im Gebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden zu erlangen. Die Steuerungsgruppe soll die Arbeitsgruppen „AG1 Verkehr (Nahverkehrsplanung)„ und „AG 2 Genehmigungsverfahren„ einrichten.

9. 07-F-04-0003

Schutz der historischen Parkanlagen im Kurgebiet
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion DIE REPUBLIKANER vom 15.06.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die historischen Parkanlagen im Kurgebiet sollen wieder ein Ort der Erholung für den anständigen Bürger werden und die Wiesen sollen nur noch teilweise als Liege- und Spielwiesen genutzt

Seite 6 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 28.06.2007

werden können, um dem Missbrauch derselben von Menschen, die sich nicht dem Rahmen entsprechend verhalten können, Einhalt zu gebieten.

10. 07-F-07-0023

Alltags-Engel

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 24.04.2007 -

Die Landeshauptstadt hat zusammen mit der Firma Randstadt das Projekt Alltags-Engel ins Leben gerufen. Einerseits sollen dadurch ältere Menschen gegen Stundenlohn unkonventionelle Hilfe bei Alltagsarbeiten gewährt, andererseits Arbeitslosen eine Chance zu arbeiten verschafft werden. Dieses Hilfsangebot ist offenbar sehr willkommen, allerdings gibt es eine Wartezeit von sechs Wochen, da laut Randstadt zu wenige Hilfskräfte zur Verfügung stehen. Diese Wartezeit schränkt die Effizienz der Organisation ein.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie die bisherigen Erfahrungen mit dem Projekt Alltags-Engel waren;
2. woran genau es liegt, daß zu wenige Hilfskräfte zur Verfügung stehen;
3. wie er gedenkt, zukünftig diesem Mangel abzuhelpfen.

11. 07-F-06-0028

Realisierung des Elternrechts auf freie Schulwahl

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 05.06.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden möge berichten,

- in welchem Umfang Elternwünsche bei der Anmeldung ihrer Kinder für die Klasse 5 (Schuljahr 2007/2008) einer Integrierten Gesamtschule bzw. eines Gymnasiums in Wiesbaden nicht berücksichtigt wurden und eine Aufnahme in keiner der drei jeweils angegebenen Schulen möglich war,
- wie in solchen Fällen verfahren wurde und ob der Magistrat dies für zumutbar erachtet und für eine positive Schullaufbahn für vertretbar hält,
- welche Maßnahmen der Magistrat ergreifen wird, um sicherzustellen, dass zum Schuljahresbeginn 1. August 2008 eine Schule der Wahl besucht werden kann und keine „Auslagerung“ von Klassen in fremde Schulen erfolgt.

12. 07-V-40-0027

DL 25/07-6, 23/07-10

Die Wahlen sollen vor Eintritt in die Pause durchgeführt werden.

13. 07-A-24-0002

Bericht zur Besetzung der Stellen von zwei hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträten/Stadträtinnen)

ANLAGE

14. 07-S-00-0002

Wahl eines/einer hauptamtlichen Beigeordneten (Stadtrat/Stadträtin)

ANLAGE

15. 07-S-00-0003

Wahl eines/einer hauptamtlichen Beigeordneten (Stadtrat/Stadträtin)

ANLAGE

16. 07-F-25-0076

Einsetzung eines Wahlvorbereitungsausschusses für die Wahl eines hauptamtlichen Beigeordneten
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 20.06.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

Der Ältestenausschuß wird als Wahlprüfungsausschuß gebeten, die Wahl eines hauptamtlichen Beigeordneten gemäß § 42 HGO vorzubereiten und der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 20. September 2007 zu berichten, so daß am 20. September 2007 die Wahl vorgenommen werden kann.

17. 07-A-24-0004

Ausschreibungstext zur Besetzung der Stelle eines/einer hauptamtlichen Beigeordneten (Stadtrat/Stadträtin)

ANLAGE

18. 07-F-07-0026

Gentechnikfreies Wiesbaden
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 04.06.2007 -

Vorbemerkung:

Über 70 % der Bürger sprechen sich gegen Gentechnik in Nahrungsmitteln aus.

Die in der Presse laufend veröffentlichten Negativereignisse in Anwendung und Forschung zeigen auf, daß auch die gesundheitlichen Risiken und Auswirkungen weder ausreichend erforscht noch einschätzbar oder beherrschbar sind. Unter juristischen Gesichtspunkten hat ein entsprechender Beschluß der Stadtverordnetenversammlung nur Einfluß auf städtische Flächen und die Anwendung seitens der Stadt Wiesbaden und deren Eigenbetriebe. Dennoch sollte auch hier ein Zeichen gesetzt werden, wie dies auch andere Städte und Gemeinden vollzogen haben (München, Bad Nauheim, Hohenstein usw.)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. die Stadt Wiesbaden verzichtet auf die Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen / Produktionsmitteln und den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf den eigenen Flächen.
2. die Stadt Wiesbaden läßt auf städtischen Flächen in der Eigenschaft als Verpächter keinen Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in Form von Saatgut, Pflanzen etc. zu.

19. 07-F-01-0054

Umsetzung Sozialbericht Bildungsbeteiligung
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 26.04.2007 -

Vorbemerkung: Die Qualität des Bildungssystems steht spätestens seit der PISA-Studie im Fokus der politischen Debatte. Vor allem in den städtischen Ballungsräumen mit einer hohen Anzahl Jugendlicher aus so genannten 'bildungsfernen Schichten' sind die Probleme nicht zu übersehen. Aufgabe der Sozial-, Bildungs- und Integrationspolitik muss deshalb sein, ein Grund-Bildungsniveau für alle Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten, das allen Jugendlichen zumindest die Aufnahme einer Berufsausbildung ermöglicht.

Der 'Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden' liefert zu dieser Problematik eine umfangreiche Analyse von Bildungs- und Integrationsdefiziten in der LH Wiesbaden und bildet so die Grundlage zur Ergreifung entsprechender Maßnahmen. So können die Leistungspotenziale aller Jugendlichen besser ausgeschöpft und die individuellen Berufs- und damit Lebenschancen verbessert werden. Mit der Umsetzung der Maßnahmen sollte, um eine nachhaltige Wirkung zu gewährleisten, möglichst zeitnah begonnen werden.

Seite 9 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 28.06.2007

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

- einen detaillierten Bericht über bereits eingeleitete Maßnahmen gemäß des 'Sozialberichtes zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden' vorzulegen;

- über den derzeitigen Stand der Detailuntersuchungen von Prof. Hradil zu berichten;

- konkrete Maßnahmen zum Abbau der Bildungsbenachteiligung in die Wege zu leiten, insbesondere

- den Ausbau der Tagesbetreuung an Grundschulen
- den Ausbau der Ganztagsangebote in der Sekundarstufe 1
- ergänzende Maßnahmen gegen die überdurchschnittlich große Zahl an Rückstufungen von Real- zu Hauptschulen bei Kindern mit Migrationshintergrund zu ergreifen;
- die Berufsorientierung und den Übergang von der Realschule in die Berufsausbildung zu begleiten und fördern;
- sicherzustellen, dass an der IGS-Kastellstraße, der Theodor-Flieder-Schule und der Erich-Kästner-Schule die Schulsozialarbeit zum Schuljahr 2007 / 08 eingeführt werden kann und diese Schulen in das Projekt 'Perspektiven für Hauptschüler' aufgenommen werden.

Der Magistrat hat dafür Sorge zu tragen, dass für die Verwirklichung der oben genannten Ziele die notwendigen Haushaltsmittel in den Doppelhaushalt 2008 / 2009 eingestellt werden.

20. 07-F-01-0053

Platz der Deutschen Einheit

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.04.2007 -

Angesichts der immer weiter fortschreitenden Planungen für Teilbereiche des Platzes der Deutschen Einheit stellt sich erneut die Frage nach einer Gesamtplanung für diesen Platz in zentraler Innenstadtlage.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über den Sachstand des Gutachterverfahrens zu berichten, das laut Magistrat derzeit durchgeführt wird. In diesem Bericht möge der Magistrat über die zeitliche Planung Auskunft geben, also wann welche Schritte im Rahmen einer Gesamtplanung für den Bereich Platz der Deutschen Einheit / Schwalbacher Straße vorgesehen sind.

21. 07-F-01-0025

Nichtraucherschutz

- Beschluss des Gesundheitsausschusses Nr. 0016 vom 24.04.2007 -

ANLAGE

22. 07-F-25-0036

Schutz vor Passivrauchen
- Beschluss des Gesundheitsausschusses Nr. 0017 vom 24.04.2007 -

ANLAGE

23. 07-F-06-0031

Bestand an Sozialwohnungsbauten erhalten bzw. ausweiten
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 13.06.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, dahingehend tätig zu werden, dass der Bestand an Sozialwohnungsbauten in der Landeshauptstadt Wiesbaden (einschließlich AKK) erhalten bleibt bzw. ausgeweitet wird.

In diesem Zusammenhang soll geprüft werden die Anteile der Landeshauptstadt Wiesbaden an der Wohnbau Mainz GmbH zu erhöhen.

24. 07-F-06-0032

Folklore im Garten 2007 bereits auf dem Schlachthofgelände
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 19.06.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Dem Antrag des Jugendhilfeausschusses an die Stadtverordnetenversammlung zum Thema "Folklore im Garten" vom 1. Juni 2007 im Wortlaut wie folgt (kursiv):

Der Jugendhilfeausschuss beantragt, den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung – Ausschuss für Soziales – Nr. 0159 vom 3.11.2004 wie folgt zu ändern:

*Die Veranstaltung "Folklore im Garten" kann bereits vor Fertigstellung des Kulturparkes (d.h. bereits 2007) auf dem so genannten Schlachthofgelände stattfinden.
(Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 30.5.07 mit 16 Ja- und 2 Nein-Stimmen)*

wird zugestimmt.

25. 07-F-01-0076

Folklore im Garten
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 19.06.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Seite 11 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 28.06.2007

Der Magistrat wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass das beliebte Festival „Folklore im Garten“ auch in diesem Jahr stattfinden kann.

Sollte eine Durchführung am Schlosspark Freudenberg nicht möglich sein, ist als Alternativstandort zuerst das Gelände rund um den „Schlachthof“ am Hauptbahnhof zu prüfen. Die nötigen Genehmigungen sind möglichst schnell zu erteilen, damit die Organisatoren des Festivals (Schlachthof GmbH) Planungssicherheit erhalten.

Bei dem Festival ist für eine möglichst geringe Beeinträchtigung der Anwohner zu sorgen.

26. 07-F-01-0077

Freizeitgelände alter Friedhof

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 18.06.2007 -

Als das Gelände Alter Friedhof in den siebziger Jahren in einen innerstädtischen Freizeit- und Bewegungsraum umgewandelt wurde, gelang es unter Einbeziehung der dort befindlichen Kulturdenkmäler eine Örtlichkeit zu schaffen, die sich auch heute noch großer Beliebtheit bei allen Bevölkerungsgruppen innerstädtischer Wohngebiete erfreut.

Jedoch ist eine Vielzahl der damals gebauten Einrichtungen und Gerätschaften in die Jahre gekommen oder entfernt worden. Auch ist es notwendig geworden, den geänderten Anforderungen an eine moderne Freizeiteinrichtung / Bewegungsfläche Rechnung zu tragen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen: Der Magistrat wird gebeten zu veranlassen, dass

- die auf dem Gelände befindlichen Kulturdenkmäler gereinigt werden,
- die auf dem Gelände installierten Sport- und Spielgeräte sowie die dazu gehörenden Flächen erneuert und ggf. modernisiert werden,
- ein Beach-Volleyballfeld eingerichtet wird,
- die vom Grünflächenamt entfernte Grillhütte wieder errichtet wird,
- die auf dem Gelände befindlichen Grillhütten/Unterstände gereinigt und gestrichen werden,
- die leer stehenden Wasserbecken für eine neue Nutzung hergerichtet werden,
- die in der Nähe der Wasserbecken aufgestellten steinernen Wasserspender repariert oder entfernt werden und
- die Behindertentoilette saniert und wieder nutzbar gemacht wird.

Die Aufsicht auf dem Gelände ist durch das Grünflächenamt zu gewährleisten.

27. 07-F-25-0078

Sicherstellung der Integration von behinderten Kindern

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 20.06.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass allen Eltern mit behinderten Kindern das Recht auf einen Integrationsplatz ihrer Wahl, auch in Einrichtungen mit besonderem pädagogischem Profil, zusteht.

Um dies zu gewährleisten, wird diesen Einrichtungen auf Antrag eine Finanzierung gewährt, die die Leistungserbringung in eigener Regie ermöglicht. Die Voraussetzung dafür ist, dass die Einrichtungen den Hilfeplan für jedes Kind mit dem Fallmanagement des Dezernates gemeinsam erarbeiten.

28. 07-F-25-0079

Familienfreundliches Wiesbaden II - Familienfreundliche Behörden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP vom 20.06.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Familienfreundlichkeit in öffentlichen Einrichtungen nutzt Besucherinnen und Besuchern dieser Institutionen und ist für die Kommune ein Imagegewinn.

Familienfreundliche öffentliche Einrichtungen mit einer familienbewussten Personal-Politik werden auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen. Eine familienfreundliche Personalpolitik in Form von flexibler Arbeitszeitgestaltung, familienbewusstem Verhalten von Führungskräften und aktiver Unterstützung familienorientierter Vereinbarungen lohnt sich auch für die Kommune als Arbeitgeber. Erhöhte Motivation und Einsatzbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zu erwarten.

Der Magistrat wird beauftragt darzulegen, welche öffentlichen Einrichtungen in der Stadt Wiesbaden für Besucherinnen und Besucher mit Kindern und / oder pflegebedürftigen Angehörigen bereits als familienfreundlich bezeichnet werden können.

Der Magistrat wird weiterhin beauftragt darzulegen, welche verbindlichen Fördermaßnahmen in Sachen „Familienfreundlichkeit“, zukünftig unternommen werden müssen. Hierbei soll zusätzlich der finanzielle Aufwand und der Zeitplan für entsprechende familienfreundliche Maßnahmen benannt werden. Die in Betracht kommenden familienfreundlichen Maßnahmen sind konkret zu bezeichnen.

Der Magistrat wird beauftragt, alle für eine Zertifizierung der öffentlichen Einrichtungen Wiesbadens durch das Audit berufundfamilie der gemeinnützigen berufundfamilie GmbH - einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung - erforderlichen Maßnahmen - und zwar aufgeschlüsselt nach den acht Handlungsfeldern des Audits berufundfamilie der gemeinnützigen berufundfamilie GmbH „Arbeitszeit“, „Arbeitsorganisation“, „Arbeitsort“, „Informations- und Kommunikationspolitik“, „Führungskompetenz“, „Personalentwicklung“, „Entgeltbestandteile und geldwerte Leistungen“, und „Service für Familien“, - zu veranlassen.

Der Bericht des Magistrats wird im September dieses Jahres erwartet.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die antragstellenden Fraktionen und Fraktionsstatusinhaber verantwortlich.

Tagesordnung II

1. **06-V-51-0077** **DL 18/07-2, 12/07-1**
Bericht Tagesbetreuung für Kinder 2006

2. **07-A-02-0016**
Wahl weiterer Schriftführer/innen (Verwaltungsbedienstete/r nach § 61 HGO)
ANLAGE

3. **07-A-02-0020**
Gemeinsame Sitzung des Ältestenausschusses und des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung; hier: Verfahrensweise
ANLAGE

4. **07-F-07-0024**
Integrationsvertrag
- Beschluss des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration Nr. 0056 vom 19.06.2007 -
ANLAGE

5. **07-V-08-0011** **DL 23/07-2**
Sofortprogramm CO2-Reduzierung: Steigerung der Energieeffizienz von städtischen und privaten Immobilien

6. **07-V-20-0024** **DL 19/07-1**
Investitionscontrolling 1. Quartal 2007

7. **07-V-36-0011** **DL 18/07-4**

Luftreinhalteplan; Stand der Umsetzung des Aktionsplans für Wiesbaden

- 8. 07-V-36-0012 DL 26/07-1**
Wärmenutzung aus Abwasser
- 9. 07-V-40-0010 DL 18/07-5**
Oranienschule;
Fortführung Sanierung / Umsetzung Raumprogramm - Freigabe 1. Rate -
- 10. 07-V-40-0017 DL 23/07-8, 21/07-1**
Dachsanierung Hermann-Ehlers-Schule
- 11. 07-V-40-0019 DL 25/07-5, 24/07-1**
Heinrich-von-Kleist-Schule - Küche für den Mittagstisch -
- 12. 07-V-40-0021 DL 23/07-9**
Comeniusschule - Abriss der Pavillons und Neubau; Bereitstellung von Planungsgeldern
- 13. 07-V-40-0023 DL 28/07-3, 26/07-2**
August-Hermann-Francke-Schule; Austausch der Wasserleitungen aufgrund der Trinkwasserverordnung - Aktualisierung der Gesamtkosten
- 14. 07-V-41-0009 DL 21/07-2**
Wartburg Wiesbaden/ Durchführung von Sanierungsmaßnahmen
- 15. 07-V-51-0011 DL 20/07-4**
Investitionszuschuss für den Neubau des Waldorfkindergartens e. V.
- 16. 07-V-51-0014 DL 19/07-4**
Umstrukturierung der Kindertagesstätte der Lebenshilfe

17. **07-V-51-0015** **DL 19/07-5**
Ersatzneubau für die Liegehalle, Neugestaltung des Eingangsbereiches und Einrichtung einer Krippengruppe in der städtischen Kindertagesstätte Hasengartenstraße 48
18. **07-V-51-0022** **DL 20/07-5**
Bericht zur Gewährung von SGB XII-Leistungen in Wiesbaden 2006
19. **07-V-51-0023** **DL 20/07-6**
Bericht zur Umsetzung des SGB II in Wiesbaden im Jahr 2006
20. **07-V-61-0036** **DL 28/07-6**
Autofreies Rheinufer - Straßenneubau zur Umfahrung der Reduit in Mainz-Kastel
21. **07-V-66-0202** **DL 18/07-7**
Schulwegsicherung Kohlheckschule, Wiesbaden-Dotzheim
22. **07-V-66-0207** **DL 23/07-13**
Bau einer Fußgängersignalanlage Schiersteiner Straße / Asklepios Gesundheitszentrum
23. **07-V-66-0309** **DL 23/07-15**
Öffentliche Straßenbeleuchtung; Austausch von alten Lampen gegen energiesparende Natriumdampf-Hochdrucklampen
24. **07-V-67-0007** **DL 21/07-3**
Operative Umsetzung der Empfehlungen des Gutachtens über die Grünflächenpflege in Wiesbaden; Bericht über die Ermittlung des Ressourceneinsatzes
25. **07-V-69-0003** **DL 18/07-8**
Kontingentanmeldung Wohnungsbauprogramm 2007

26. **07-V-80-8006**

DL 18/07-9

Ausbildung von Jugendlichen mit Handicaps mit Beteiligung der Agentur für Arbeit

Tagesordnung III

1. **07-V-03-0005**

DL 28/07-1, 25/07-1

Strategische und wirtschaftliche Neuausrichtung der städtischen Parkhäuser und des Parkleitsystems

2. **07-V-05-0004**

DL 20/07-1

Weiterentwicklung der Informationstechnologie - eGovernment-Masterplan 2007-2009 und eGovernment Labor

3. **07-V-11-5008**

DL 18/07-3

Standort- und Büroflächenoptimierung; 6. und 7. Bericht zum Zielerreichungsgrad

4. **07-V-20-0012**

DL 25/07-2

Vorläufige Eröffnungsbilanz für die Landeshauptstadt Wiesbaden

5. **07-V-30-0006**

DL 19/07-2

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsvorstehers für das Ortsgericht Wiesbaden V, Wiesbaden-Erbenheim

6. **07-V-30-0007**

DL 19/07-3

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Wiesbaden II - Wiesbaden-Biebrich

7. **07-V-30-0008**

DL 23/07-5

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Wiesbaden X Wiesbaden-Naurod/Auringen

8. **07-V-30-0011** **DL 23/07-6**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Wiesbaden IX
Wiesbaden-Breckenheim
9. **07-V-30-0012** **DL 25/07-3**
Vorschlag für die Wahl von Personen als Ortsgerichtsvorsteher und Ortsgerichtsschöffe für
das Ortsgericht Wiesbaden VIII
10. **07-V-33-0005** **DL 28/07-2, 25/07-4**
Kosten für das zentrale Bürgerbüro Wiesbaden im Luisenforum
11. **07-V-36-0019** **DL 20/07-2**
Nahwärmeinsel "Kleine Schwalbacher Straße"- gespeist durch Thermalwasser
12. **07-V-41-0010** **DL 20/07-3**
Skulpturenparcours 2008
13. **07-V-51-0025** **DL 25/07-7, 24/07-2**
Auswärtige Kinder in Wiesbadener Kindertagesstätten; Kostenerstattung gem. § 28 HKJGB
14. **07-V-53-0125** **DL 19/07-6**
Wahl von ehrenamtlichen Patientenfürsprecherinnen und -fürsprechern
15. **07-V-61-0001** **DL 22/07-1**
Städtebauliche Rahmenplanung "Mainzer Straße" / Fortschreibung 2007; - Beschluss über die
Fortschreibung -

ANLAGE

- 16. 07-V-61-0002 DL 22/07-2**
Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Mainzer Straße, Bereich D, südlich der Welfenstraße" im Ortsbezirk Südost; - Änderungs- und Entwurfsbeschluss -
- 17. 07-V-61-0003 DL 22/07-3**
Bebauungsplan "Mainzer Straße D - südlich der Welfenstraße" im Ortsbezirk Wiesbaden-Südost; - Offenlagebeschluss -
- 18. 07-V-61-0004 DL 22/07-4**
Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Mainzer Straße, Bereich F, südlich der Weidenbornstraße" im Ortsbezirk Südost; - Änderungs- und Entwurfsbeschluss -
- 19. 07-V-61-0005 DL 22/07-5**
Bebauungsplan "Mainzer Straße Bereich F - südlich der Weidenbornstraße" im Ortsbezirk Wiesbaden-Südost; - Offenlagebeschluss -
- 20. 07-V-61-0020 DL 22/07-6**
Bebauungsplanverfahren "Rosenfelder Wiesen" im Ortsbezirk Sonnenberg;
Beschluss zur Aufhebung des Aufstellungs- und des Offenlagebeschlusses
- 21. 07-V-61-0021 DL 20/07-7**
Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Pfarrgarten" im Ortsbezirk Sonnenberg;
Satzungsbeschluss
- 22. 07-V-61-0022 DL 22/07-7, 20/07-8**
Bebauungsplan "Am Birnbaum" im Ortsbezirk Sonnenberg - Satzungsbeschluss Teilweise
Aufhebung der Fluchtlinienpläne Sonnenberg 1909/1 und 1959/1 HAG - Satzungsbeschluss
Teilweise Aufhebung des Bebauungsplanes Sonnenberg 1960/1 HAG - Satzungsbeschluss
Aufhebung des Bebauungsplanes Sonnenberg 1966/1 - Satzungsbeschluss
- 23. 07-V-61-0024 DL 20/07-9**
Flächennutzungsplanänderung "Künstlerviertel" im Ortsbezirk Rheingauviertel/Hollerborn;
- Feststellungsbeschluss -

- 24. 07-V-61-0026 DL 20/07-11**
Bebauungsplan "Künstlerviertel" im Ortsbezirk Rheingauviertel / Hollerborn;
Satzungsbeschluss
- 25. 07-V-61-0025 DL 20/07-10**
Bebauungsplan "Sooderstraße/Pfahlerstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg;
- Beschluss über die 2. öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes -
- 26. 07-V-61-0034 DL 25/07-9, 22/07-9**
Bebauungsplanentwurf "Dietenmühle" im Ortsbezirk Nordost;
- Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes -
- 27. 07-V-61-0035 DL 25/07-10, 22/07-10**
Veränderungssperre "Dietenmühle" im Ortsbezirk Nordost; - Satzungsbeschluss -
- 28. 07-V-63-0005 DL 28/07-7, 25/07-11**
Neubau Polizeirevier, Gewerbeflächen und Altenwohnungen Bertramstraße 3; Bauvoranfrage
vom 23.03.2007, Reg.-Nr. 6302/631187/07
- 29. 07-V-66-0102 DL 18/07-6**
Mittelumbuchung in 2007 vom Ergebnishaushalt (CO) in den Investitionshaushalt
(Instandhaltungsprogramm IS) für Wiesbaden und AKK
- 30. 07-V-66-0201 DL 23/07-12**
Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr - Wiesbaden-Südost
- ANLAGE**
- 31. 07-V-66-0211 DL 23/07-14**
Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr - Wiesbaden-Nordost
- 32. 07-V-80-2323 DL 23/07-16**

Offene Forderungen aus der Stellplatzanmietung - Bereitstellung von apl-Mitteln

Zu folgenden Punkten findet eine Sondersitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 26.06.2007 statt:

- 33. 07-V-04-0002 DL 23/07-1**
Fahrplanwechsel am 09.12.2007
- 34. 07-V-61-0031 DL 22/07-8, 28/07-6**
Bebauungsplan "Auf den Erlen - Süd" im Ortsbezirk Auringen; Satzungsbeschluss
- 35. 07-V-66-0212 DL 28/07-8**
Elsässer Platz - Errichtung einer Quartiersgarage

Die Punkte 36 und 37 stehen ohne Ausschussempfehlung zur Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung direkt an:

- 36. 07-V-51-0018 DL 28/07-4**
Kath. Kindergarten Herz Jesu/Sonnenberg - Ausweitung um eine Gruppe
- 37. 07-V-51-0030 DL 28/07-5**
Grundschulkinderbetreuung durch Eltern- und Fördervereine

Tagesordnung IV

- 1. 07-V-20-0021 DL 18/07-1 NÖ**
Zustimmung zur Übertragung konzessionsvertraglicher Rechte und Pflichten von ESWE Versorgungs AG auf ESWE Netz GmbH

- 2. 07-V-20-0023 DL 23/07-1 NÖ**

Wirtschaftliche Lage der Feierabendheim Simeonhaus GmbH

- 3. 07-V-20-0029 DL 23/07-4 NÖ**

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 1. Quartal 2007

ANLAGE

- 4. 07-V-20-0030 DL 28/07-1 NÖ, 27/07-1 NÖ**

Reorganisation und Neuausrichtung des Wiesbadener Bäderbetriebes

- 5. 07-V-36-0002 DL 11/07-3 NÖ**

Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 21.12.2006

- 6. 07-V-80-2313 DL 23/07-2 NÖ**

Verkauf Areal "Altes Polizeipräsidium" - Marktstraße 2-6, Friedrichstraße 27, Mauergasse 2-8

- 7. 07-V-80-2318 DL 28/07-2 NÖ, 19/07-7 NÖ**

Tausch von Gewerbegrundstücken - Recht des Rückerwerbs

- 8. 07-V-80-2320 DL 23/07-3 NÖ**

Verkauf von Grundstücken in der Gemarkung Delkenheim, Max-Planck-Park; Löschung einer Rückauffassungsvormerkung zugunsten der Landeshauptstadt Wiesbaden

- 9. 07-V-80-2321 DL 25/07-1 NÖ**

Vergabe eines Erbbaurechts an einer Teilfläche eines städt. Grundstückes im Gewerbegebiet Petersweg-Ost zur Ansiedlung eines Logistikunternehmens

Seite 22 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 28.06.2007

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin